

Ausgabe vom 29.01.2008, Seite 13 / Feuilleton

## Aktion Arbeitsscheu

**Von Asozialen und Sozialschmarotzern. Eine Berliner Veranstaltungsreihe zur Marginalisierung in Geschichte und Gegenwart**

*Von Sabine Lueken*

Wo ein Waisenhaus ist, ist auch ein Arbeitshaus. Wo ein Arbeitshaus ist, ist auch ein Zuchthaus. Und wo ein Zuchthaus ist, ist auch ein Leichenhaus.« So sieht es der Straßenmusiker Bruno S., der hin und wieder auf Veranstaltungen der Reihe des Arbeitskreises »Marginalisierte – gestern und heute!« auftritt.

Am Wochenende wurden im Rahmen dieser Reihe die Rummelsburger Arbeitshäuser in Berlin-Lichtenberg besichtigt. Für sie stimmt die Logik des Musikers. Eine Infotafel der Maruhn-Investment-Gruppe, die Wohnungen in den historischen Gebäuden ausbaut und verkauft, behauptet, daß die Häuser erst nach der Teilung der Stadt zu Gefängnissen wurden. Richtig: Ab 1951 gehörten sie zu einer Strafvollzugsanstalt, die »Hildes Heim« genannt wurde, nach der DDR-Justizministerin Hilde Benjamin. Aber schon vorher waren die Bewohner nur Insassen.

Ein Teil der Gebäude wurde zwischen 1854 und 1859 zur sozialen Disziplinierung im Bezirk errichtet, darunter Knabenwaisenhäuser, die heute als Wohnhäuser genutzt werden. Ab 1874 wurden dann die 19 Rummelsburger Arbeitshäuser gebaut. Es handelt sich um die größte Anlage dieser Art in Deutschland. Und unter dem Strich waren diese Arbeitshäuser nichts anderes als Spezialgefängnisse für Landstreicher, Bettler und Waisenkinder.

Etwa 35 Menschen informierten sich am vergangenen Samstag vor Ort über die Geschichte der Bauten. Die Lichtenberger Kulturbereichsstadträtin Katrin Framke (Die Linke) und der Vorsitzende des Kulturausschusses im Bezirk, der Historiker Jürgen Hofmann, erklärten, das bald eine Gedenktafel für die Insassen angebracht wird, die während der NS-Zeit in den Bauten litten. Das sei beschlossene Sache. Alles weitere sei in der Diskussion, auch eine ständige Ausstellung auf dem Gelände. Allerdings ist die Geschichte der Rummelsburger Arbeitshäuser relativ unerforscht, erklärte der Historiker Thomas Irmer. Die Quellenlage sei schlecht. Zeitzeugen seien nicht systematisch befragt worden.

Während die Gebäude gleich nach der Fertigstellung mit 1000 Menschen überbelegt waren, leerten sie sich zur Zeit der Weimarer Republik, um dann während des Faschismus wieder übervoll zu werden. Viele Häftlinge wurden ab 1934 Opfer von Zwangssterilisierung, 1941 wurde Rummelsburg in das Tötungsprogramm mit dem euphemistischen Namen »Euthanasie«

einbezogen. Es gab Sonderabteilungen für Schwule und »psychisch Abwegige«. Die Häftlinge mußten Zwangsarbeit leisten.

Wie kam es dazu, daß sich nicht nur in Rummelsburg, sondern auch in den Konzentrationslagern die Häftlingszahlen im Sommer 1938 verdoppelten? Diese Frage beantwortete im Anschluß an den Gedenkspaziergang der Historiker Wolfgang Ayaß im »Haus der Demokratie«. Mehr als 10000 sogenannte »Asoziale«, darunter Bettler, Landstreicher und mittellose Alkoholkranke, außerdem viele Roma, griff die Kripo in diesem Jahr in zwei großen Verhaftungswellen – genannt »Aktion ›Arbeitsscheue Reich‹« – auf, um sie in Lager einzuliefern. Eine große Bettlerrazzia wie zuvor im September 1933.

Die Argumentation der Kripo für die »Vorbeugungshaft« war immer ähnlich: »D. ist ein arbeitsscheuer Mensch, der einer geregelten Arbeit nie nachgegangen ist. Er lebt vom Betteln, lebt planlos im Lande herum und überläßt die Sorge für seine Unterhaltung der Allgemeinheit.« Für Frauen kam die Bewertung des Sexualverhaltens hinzu: ein »liederlicher Lebenswandel«, »wechselnde Männerbekanntschaften« reichten aus, um z. B. die 19jährige Karoline G. zunächst in Vorbeugungshaft zu nehmen und dann über das Konzentrationslager Ravensbrück nach Auschwitz zu deportieren. Von dort konnte der Lagerkommandant Höß im November 1938 ihren Tod melden.

Ziel der NS-Rassenpolitik war die »Säuberung des Volkskörpers« von allen als »minderwertig« Klassifizierten, die eine Gefahr für die »Volksgemeinschaft« darstellten. Die »soziale Frage« sollte biologisch gelöst werden, so Ayaß. Und diese Bestrebungen trafen sich mit denen der Fürsorge, die spätestens seit der Weltwirtschaftskrise 1932 ihrerseits nach Mitteln und Wegen suchte, die »Begehrlichkeiten« der zahlreichen Wohlfahrtsempfänger einzudämmen, deren »harten Kern« loszuwerden.

Wie die Ärzte im Bereich der Psychiatrie kooperierten die Ämter mit den Nazis. Im Zuge der ersten, im Januar 1938 von Himmler veranlaßten Verhaftungswelle meldeten Wohlfahrts- und Arbeitsämter »Arbeitsscheue« bei der Gestapo. Der Erlass Himmlers ist neben einer Reihe von Dokumenten und Fotos bis zum 24. Februar im Haus der Demokratie zu sehen. Die Ausstellung wurde von Ayaß für die »Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe« konzipiert. Sie vermittelt das Thema – auch durch die Dokumentation persönlicher Schicksale – sehr eindringlich. Das empfehlenswerte Begleitheft ist für 3,50 Euro zu erwerben.

Auf die Frage nach der Einrichtung einer zentralen Gedenkstätte für die »Asozialen« meinte Wolfgang Ayaß, er wäre froh, wenn diese Opfergruppe in den bestehenden KZ-Gedenkstätten angemessen gewürdigt würde. Bestenfalls »erinnern« Tafeln zu den unterschiedlichen Kennzeichen, die die Häftlinge tragen mußten, an die »Asozialen«. Sie trugen den schwarzen Winkel und wurden von Mithäftlingen verachtet, so Ayaß.

Die Veranstaltungsreihe des Arbeitskreises »Marginalisierte – gestern und heute« wirft aktuelle Fragen auf: Wie geht eine Gesellschaft mit Mißliebigen, Unangepaßten, Unerwünschten um? Welche Kontinuitäten und Brüche gibt es? In einer Zeit, in der die Schere zwischen Reich und Arm immer weiter auseinander geht und statt der Bekämpfung der Armut die Bekämpfung der Armen

auf der politischen Agenda steht, ist die Erinnerung an diesen Teil deutscher Geschichte bitter nötig. Soziale Außenseiter werden heute schon wieder als »Sozialschmarotzer« bezeichnet, Menschen fast nur noch nach Nützlichkeit bewertet.

In der Veranstaltungsreihe werden neben der NS-Geschichte und dem Umgang mit »Asozialen« in der DDR auch aktuelle Themen eine zentrale Rolle spielen: die heutige Arbeitsmarktpolitik, der verschärzte Arbeitszwang und mögliche Gegenstrategien. Bis zum Juni gibt es Vorträge, Buchpräsentationen, Podiumsdiskussionen, Ausstellungen, Erzählungen von Betroffenen, Musikdarbietungen.

*Veranstaltungsprogramm unter [marginalisierte.de](http://marginalisierte.de).*